

Konkrete Erwartungen mit Blick auf Dynitec

FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann spricht beim Dreikönigstreffen in Bornheim über deutsche Sicherheitspolitik



Marie-Agnes Strack-Zimmermann bei der FDP des Rhein-Sieg-Kreises in der Europaschule.

FOTO: STEFAN KNOPP

VON STEFAN KNOPP

BORNHEIM. | Das Thema ist zwar in Troisdorf verortet, aber rüstungspolitisch von bundesweiter Bedeutung. In der Stadt im Rhein-Sieg-Kreis will sich das Unternehmen Dynitec auf dem Dynamit-Nobel-Gelände vergrößern. Unter anderem, um Waffen für den Export in die Ukraine herzustellen. Bürgermeister Alexander Biber und die Mehrheit im Troisdorfer Stadtrat möchten das 50 Hektar große Gelände jedoch für ein Gewerbegebiet mit Unternehmensmix am Rand für Wohnbebauung vorhalten. Diese Haltung hatten auch Verteidigungsminister Boris Pistorius und NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst heftig kritisiert.

Beim Dreikönigstreffen von Kreisverband und Kreistagsfraktion der FDP am 21. Januar in der Europaschule Bornheim ging auch Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages und Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl im Juni dieses Jahres, im Gespräch mit dem GA auf dieses Thema ein. Sie sagte: „Es läuft hoffentlich in die richtige Richtung.“ Und die ist in ihren Augen der Verkauf des Grundstücks an die Firma DynITec, damit die Ukraine sich auch weiter gegen den russischen Angriff verteidigen könne. „Ich bin ein absoluter Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung“, sagte Strack-Zimmermann. „Aber es gibt sicherheitspolitische Momente, da erwarte ich, dass auch ein Landrat, ein Bürgermeister sich seiner Verantwortung bewusst wird.“

Dynitec, Tochter der Diehl Defense GmbH, der schon ein Teilbereich des Areals gehört, stellt militärische Zünder und elektronische Zündsysteme her; Produkte, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können. „Dual Use“ ist der Fachbegriff dafür. Strack-Zimmermann: „Ich hoffe, dass es zwischen dem Unternehmen, der Staatskanzlei und dem Bürgermeister ein Einvernehmen gibt.“ Immerhin betreffe das auch Gewerbesteuererinnahmen. „Es geht jetzt darum, dass wir da einen Weg finden, ohne jetzt wieder Öl ins Feuer zu gießen.“

In ihrer Rede äußerte Strack-Zimmermann die Überzeugung: „Alle Sicherheitsprobleme können wir nur in Europa gemeinsam lösen.“ Und dann zählte sie viele dieser Probleme auf. Europa müsse anfangen, die eigenen Grenzen zu sichern und illegale, aber nicht jegliche Migration zu bekämpfen. Denn man könne sich nie sicher sein, dass etwa die Partnerschaft mit den USA ewig halte. Denn mit Donald Trump sei dort ein großer Unsicherheitsfaktor wieder auf dem Vormarsch. Man dürfe sich auch keine Illusionen darüber machen, ob Verteidigungsausgaben noch notwendig seien. „Wenn wir angegriffen werden, und das ist nicht abstrakt, dann haben wir ganz andere Probleme.“

Strack-Zimmermann betonte: „Die Radikalen sind kein Randproblem mehr.“ Deshalb sei es so wichtig und lobenswert, dass aktuell so viele Menschen gegen rechts auf die Straße gehen. Eine Regierung dürfe den Menschen auf den Keks gehen, verkündete Strack-Zimmermann. Aber wenn man die Radikalen machen lasse, drohe das Ende der Freizügigkeit.